

Radikale linke DKP-Kritik

Georg Fülberth, für die DKP Mitglied im Marburger Stadtrat, wiederholt und belegt mit umfangreichem Material seine Thesen zur Kritik der politischen Praxis der offiziellen westeuropäischen kommunistischen Parteien, die er Ende der 80er Jahre in der Hamburger Zeitschrift KONKRET, in der Zeitung des Kommunistischen Bundes „Arbeiterkampf“ (Hamburg), in der Westberliner PROWO und im DKP-Theorieorgan „Marxistische Blätter“ geübt hat. Für ehemalige DDR-BürgerInnen, die damals nicht die Chance hatten, diese Artikel zur Kenntnis zu nehmen, ist das Buch unbedingt zu empfehlen. Wer diese früheren Veröffentlichungen dagegen kennt, erfährt wenig Neues.

Fülberths Ausgangspunkt ist die These, daß die Stalinsche Konzeption des Aufbaus des „Sozialismus in einem Lande“ dazu geführt hat, die anderen kommunistischen Parteien aus revolutionären Organisationen in Agenturen der wechselnden sowjetischen Außenpolitik zu verwandeln (S. 10). Dies belegt er vor allem an der Politik der KPD und DKP, beginnend mit der ultralinken Sozialfaschismus-These (S.11). Nach deren Bankrott habe sich in der KPD seit 1935 die Orientierung auf eine „nicht-sozialistische, antifaschistisch-demokratische Ordnung“ herausgebildet (S. 15, 19). Nach 1945 mündete diese – parallel zu Stalins Deutschlandpolitik – in eine nationale Wiedervereinigungsargumentation (bis hin zu der Auffassung, die BRD sei von den USA kolonisiert worden, S. 56). So machte sie zwar Zugeständnisse an Konservative und Liberale, aber eine kommunistische (Partei-) Politik konnte sie nicht befördern (S. 48 f.). Die an der Wirklichkeit des erst ökonomischen, dann auch politischen Wiederaufstiegs des BRD-Kapitals vorbeigehende Schein-Kritik ließ denn auch das herrschende Bewußtsein unberührt. Im Gegensatz zur rechtsopportunistischen nationalen Politik stand die sektiererische Gewerkschaftspolitik der KPD, mit der sie wichtigen Einfluß

Georg Fülberth: KPD und DKP 1945-1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung. Distel Verlag, Heilbronn, 1990. 215 S., brosch., 22,80 DM.

in der ArbeiterInnenbewegung verlor. (S. 50 ff.).

Weitere Ausführungen zur KPD-Geschichte sind der innerparteilichen Repression gegen Mitglieder der Gruppe Arbeiterpolitik (heute noch bestehende Nachfolgeorganisation der KPO), gegen „Titoisten“ und „Trotzkisten“ (S. 45 f., 63 ff.) sowie der KommunistInnen-Verfolgung in der BRD (S. 84 ff.) und dem Verbot der KPD (S. 91 ff.) gewidmet.

Die DKP bildete schließlich den rechten Rand der sich als revolutionär verstehenden BRD-Linken. Sie betrachtete „die Auseinandersetzung zwischen der kleinen Gruppe des Monopolkapitals und allen antimonopolistischen, demokratischen Volkskräften“ (S. 121) als die zentrale Konfliktlinie in der BRD. Völlig unreflektiert blieb bei dieser Konzeption das Interesse auch des „nicht-monopolistischen“ Kapitals an der Aufrechterhaltung des Kapitalismus.

Genauso wenig wie dieses „nicht-monopolistische“ Kapital die Anbiederung der DKP honorierte, konnte die DKP mit ihrer Strategie der „Aktionseinheit“ mit der SPD Erfolg landen. Und mit der einseitigen Orientierung auf das „handarbeitende Proletariat in der Großindustrie“ (S. 138) vermochte die DKP auch die Veränderungen in der ArbeiterInnenklasse nicht produktiv für moderne kommunistische Politik zu nutzen. Der Klassenreduktionsismus der DKP führte dazu, daß sie von der feministischen Frauenbewegung und der Ökologiebewegung isoliert blieb (S. 145, 148). Gleichermäßen isolierte sich die DKP im Kampf um die Verteidigung demokratischer Freiheiten: Am Russel-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der BRD beteiligte sie sich nicht.

Größeren personellen(!) Einfluß konnte die DKP dagegen in der BRD-Friedensbewegung der frühen 80er Jahre erringen. Aber auch dort, so Fülberth, wirkte sie nicht als der „entschiedenste, immer weitertreibende Teil“ (Kommunistisches Manifest), sondern als Sachwalterin des „Minimalkonsenses“ (S. 160 ff.). Den Kampf um eine antiimperialistische Orientierung in der Friedensbewegung und um eine Kritik an der NATO, die über die „Nachrüstung“ hinausging, überließ die DKP Autonomen, linken GRÜNEN und Gruppen wie dem Kommunistischen Bund (KB). Zurecht stellt Fülberth deshalb fest, daß die DKP mit ihrer opportunistischen Politik in der Friedensbewegung und den Gewerkschaften (S. 166) jede – über die Bewahrung bestimmter Rituale hinausgehende – (kommunistische) Identität verloren hat bzw. nie gewinnen konnte. Umgekehrt war sie aber auch als reformistische Partei gegenüber der SPD und grünen „Realos“ nicht konkurrenzfähig (S. 161 f.).

Mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus verlor die DKP schließlich auch noch ihre Funktion als dessen Agentur in der BRD: Die sogenannten „ErneuerInnen“, die sich vor allem an neorevisionistischen Konzeptionen rot-grüner Reformpolitik von SPD und GRÜNEN orientierten, verließen massenweise die Partei (S. 166 ff.).

Linksabspaltungen hatten dagegen im Niedergangsprozeß der DKP nur wenig Relevanz: Für einige Zeit erschien in den 80er Jahren die Zeitschrift „Düsseldorfer Debatte“ (S. 167) und in Osnabrück geben heute einige – von Fülberth nicht erwähnte – ehemalige DKP-Mitglieder den „Hintergrund“ heraus. Fülberth selbst hat sich in den letzten Jahren an den Debatten der „Radikalen Linken“ beteiligt und war dort einer der wenigen besonnenen Köpfe in einem Sumpf von mehr oder minder dumpfen SektiererInnen.

DETLEF SCHULZE